



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Die Krisis

Bülow, Bernhard W. von
Berlin, 1922

VII. Die Haltung Englands

[urn:nbn:de:hbz:466:1-73645](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-73645)

zur Mobilmachung zu geben. Er wurde erst abgesandt, als die verhängnisvolle Entscheidung bereits gefallen war. Dagegen hat die französische Regierung vom ersten Tage an und immer wieder erklärt, daß sie die russische Politik, von der sie wußte, daß sie auf den Krieg abzielte, bedingungslos unterstützen werde. Frankreich hat mit Rußland ein Bündnis gegen Deutschland abgeschlossen, das bei einem geringen Anstoß den Krieg herbeiführen mußte. Es hat nichts getan, um den Eintritt des verhängnisvollen Bündnisses zu verhindern. Ganz im Gegenteil hat seine Regierung 1914 die kriegerische Lösung offensichtlich bevorzugt. Sie wollte die Abrechnung mit Deutschland. Der Tag der Revanche schien gekommen. Frankreich war bereit und besaß zwei mächtige Verbündete. Wenn die Rechnung nicht gestimmt hat, wenn gerade dieses Land mehr als alle anderen durch den Krieg zu leiden hatte, so erwächst daraus dem französischen Volke kein Recht, sich über einen deutschen Überfall zu beklagen. Wir haben den Streit nicht gesucht. Wir mußten uns gegen Ost und West zur Wehr setzen weil Frankreich mit Rußland gemeinsame Sache machte, eine Tatsache, die zu keiner Zeit bestritten werden konnte.

VII. Die Haltung Englands

1. Deutsch-englische Vermittlungstätigkeit

Da es in erster Linie der Zusammenarbeit Deutschlands und Englands zu danken war, daß die kritische Zeit der Balkankriege 1912/13 ohne ernsteren Konflikt der Mächte vorübergegangen war, so lag es nahe, daß diese beiden Mächte auch bei der Krise von 1914 gemeinsam der Sache des Friedens dienen würden. Als Bundesgenosse Österreich-Ungarns besaß Deutschland zwar in diesem Falle nicht dieselbe Handlungsfreiheit wie in der vorhergehenden Krise, in der es sich in erster Linie um Konflikte zwischen den Balkanstaaten handelte. Die deutsche Regierung konnte aber annehmen, daß sich jeder im Interesse des Friedens notwendige Schritt mit der Erfüllung ihrer Bündnispflichten vereinigen lassen werde. Bis zum letzten Augenblick hat sie sich bemüht, gemeinsam mit England die Gefahren eines europäischen Krieges zu beschwören. Noch in der Denkschrift vom 3. August wurde gesagt: „Schulter an Schulter mit England haben wir unausgesetzt an der Vermittlungsaktion fortgearbeitet und jeden Vorschlag in Wien unterstützt, von dem wir die Möglichkeit einer friedlichen Lösung des Konfliktes erhoffen zu können glaubten“. Damals war noch nicht

bekannt, daß die englische Regierung weder mit der gleichen Ehrlichkeit noch mit derselben Tatkraft für die Erhaltung des Weltfriedens gewirkt hatte, wie die deutsche. Durch die Widersprüche in die sich der ewig schwankende Grey verwickelte, wurde seine Politik zu einem Doppelspiel. Stärkere Charaktere, die ihn vorwärts drängten, mögen den Ausschlag gegeben haben. Sie waren alle deutschfeindlich. Grey hat sich während des ganzen Verlaufs der Verhandlungen bemüht, Berlin zu einem energischen Eingreifen in Wien anzustacheln. Die deutsche Regierung wird ihre Vermittlung nicht allein um der Erhaltung oder Befestigung der guten Beziehungen zu England willen betrieben haben, sondern vor allem im Interesse des europäischen Friedens. Sie hegte hierbei jedoch offensichtlich die Erwartung, daß England ebenfalls das seine zur Erhaltung des Friedens tun, also in erster Linie Rußland und Frankreich von militärischen Maßnahmen zurückhalten werde, die nicht wieder gutzumachende Folgen haben mußten. Dieses Vertrauen in Englands Verantwortlichkeitsgefühl ist jedenfalls getäuscht worden.

Berlin hat, wie oben dargelegt wurde, alle Londoner Vorschläge angenommen und befolgt, mit Ausnahme des als unzweckmäßig erachteten Vorschlages einer Botschafterkonferenz, den Grey selbst fallen ließ. Der Vorschlag, (1) in Wien eine Verlängerung der Serbien gestellten Frist zu befürworten, wurde befolgt, (2) dem einer Vermittlung zwischen Wien und Petersburg zugestimmt. Der österreichisch-ungarischen Regierung wurde (3), dem englischen Wunsche entsprechend, am 25. Juli nahegelegt, die serbische Antwortnote günstig aufzunehmen, ebenso (4) die englische Anregung vom 27. Juli, die serbische Antwortnote möge als Grundlage für Unterhandlungen angenommen werden. Der am 29. Juli erneuerte Vorschlag Greys, eine Vermittlung der vier unbeteiligten Mächte eintreten zu lassen, wurde (5) auf das wärmste befürwortet. Ebenso wurde (6) die Meldung aus London, daß Grey Wien bitten lasse, die angeblich unterbrochenen direkten Besprechungen mit Petersburg wieder aufzunehmen, mit einer ernststen Warnung vor den Folgen einer unberechtigten Unnachgiebigkeit nach Wien weitergegeben. Der englische Vorschlag der Verhandlungen auf Grund der Besetzung serbischer Gebietsteile als Faustpfand wurde (7) sowohl in der Fassung der Erklärung Greys vom 29. Juli, wie in der des Telegramms des Königs von England an den Prinzen Heinrich von Preußen vom 30. Juli, in Wien warm empfohlen.

Die englische Regierung hat den deutschen Vorschlag der Lokalisierung zwar zunächst freundlich aufgenommen und einen Eingriff in den austro-serbischen Konflikt abgelehnt, ihre Auffassung aber am 26. Juli völlig geändert, indem sie eine Botschafterkonferenz zur Regelung der austro-serbischen Frage vorschlug.

Der deutschen Bitte vom 26. Juli, in Petersburg im Sinne einer besonnenen Haltung zu wirken und vor militärischen Maßnahmen zu warnen, hat sie nicht Folge geleistet. Ihren eigenen Vorschlag der Verhandlungen auf Grund der Besetzung serbischer Gebietsteile als Faustpfand hat sie erst am 30. Juli nach Petersburg mitgeteilt, als sie aus Berlin erfuhr, daß ein ähnlicher Vorschlag bereits deutscherseits nach Wien gerichtet worden sei (Englisches Blaubuch Nr. 103). Statt in Petersburg energisch auf die Annahme dieses Vorschlages und auf die Einstellung militärischer Maßnahmen zu dringen, telegraphierte Grey am 30. Juli lediglich:

Wenn Österreich nach Besetzung von Belgrad und angrenzendem serbischen Gebiet sich bereit erklärt, im Interesse des europäischen Friedens seinen Vormarsch einzustellen und zu erörtern, wie eine vollständige Regelung erzielt werden kann, hoffe ich, daß Rußland sich auch zu einer Erörterung und zur Einstellung weiterer militärischer Vorbereitungen bereit erklären wird, vorausgesetzt, daß andere Mächte das gleiche tun. (Deutsche Dokumente Nr. 460, Englisches Blaubuch Nr. 103.)

Das Telegramm, mit dem die deutsche Regierung den gleichen englischen Vorschlag nach Wien weitergegeben hatte, schloß mit den Worten:

Wir müssen der Erwägung des Wiener Kabinetts dringend und nachdrücklich anheimstellen, die Vermittlung zu den angegebenen ehrenvollen Bedingungen anzunehmen. Die Verantwortung für die sonst eintretenden Folgen wäre für Österreich-Ungarn und uns eine ungemein schwere. (Deutsche Dokumente Nr. 395.)

Der Unterschied in der Sprache kennzeichnet die Haltung beider Regierungen gegenüber der Gefahr eines europäischen Krieges.

Der deutsche Schritt hatte das Einlenken Wiens zur Folge, der englische hingegen wurde in Petersburg erst am 31. Juli unternommen, als die Gesamtmobilmachung bereits öffentlich verkündet war. Er blieb ergebnislos. Sasonow gab seine Forderung auf Einstellung der österreichisch-ungarischen Operationen nicht auf und lehnte es ab, die Besetzung eines Faustpfandes zuzulassen. Hinsichtlich der militärischen Maßnahmen gab er lediglich die Zusicherung einer abwartenden Haltung Rußlands für den Fall, daß Österreich-Ungarn die russischen Bedingungen (zweite Sasonow-Formel) annehme (Englisches Blaubuch Nr. 120).

Es trifft die englische Regierung also die schwere Schuld, nichts unternommen zu haben, um Rußland von der allgemeinen Mobilmachung abzuhalten, deren Bedeutung sie kennen mußte, und auf deren Gefahr deutscherseits wiederholt hingewiesen war. Noch am 31. Juli, nachdem er von dem Einlenken der Wiener Regierung erfahren hatte, telegraphierte Grey nach Petersburg:

Dem deutschen Botschafter teilte ich mit, daß, was militärische Vorbereitungen beträfe, ich nicht einsähe, wie Rußland bewogen werden könne,

sie einzustellen, wenn nicht Österreich dem Vormarsch seiner Truppen in Serbien gewisse Grenzen setze. (Englisches Blaubuch Nr. 110.)

Das Londoner Kabinett hat möglicherweise in diesem Augenblick die Lage nicht richtig erfaßt und die Bedeutung der russischen Kriegsmaßnahmen unterschätzt. In Petersburg konnte diese Stellungnahme der englischen Regierung nur als eine Billigung der im Gange befindlichen Mobilmachung angesehen werden. Aber selbst als Grey (aus Deutsche Dokumente Nr. 477, 488 und Englisches Blaubuch Nr. 113) Kenntnis von der russischen Gesamtmobilmachung hatte und die Zustimmung Österreich-Ungarns zu dem englischen Vorschlag einer Vermittlung der Mächte in Händen hielt (Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 65, 94), sah er sich nicht veranlaßt, gegen das Vorgehen Rußlands Einspruch zu erheben. Er telegraphierte am 1. August den Inhalt der Wiener Erklärung nach Petersburg und setzte lediglich hinzu:

Bitte den Minister des Äußern zu benachrichtigen und ihm zu sagen, daß, wenn in Anbetracht der Annahme der Vermittlung seitens Österreichs Rußland in die Einstellung seiner Mobilisierung einwilligen könne, es noch immer möglich schiene, den Frieden zu bewahren. Voraussichtlich würde die Angelegenheit auch von der russischen Regierung mit der deutschen Regierung zu erörtern sein. (Englisches Blaubuch Nr. 135.)

So entsprach Grey der wiederholten deutschen Bitte, auf Petersburg einzuwirken, nachdem Berlin in Wien sein möglichstes getan und viel erreicht hatte. Diese nur sehr bedingte Bekundung des englischen Friedenswillens kam überdies viel zu spät. England hatte es versäumt, rechtzeitig in Petersburg einzugreifen und die allgemeine Mobilmachung aufzuhalten. Die deutsche Regierung hat in der Nacht vom 29. zum 30. Juli nach Wien telegraphiert:

Wir sind zwar bereit, unsere Bündnispflicht zu erfüllen, müssen es aber ablehnen, uns von Wien leichtfertig und ohne Beachtung unserer Ratschläge in einen Weltbrand hineinziehen zu lassen. (Deutsche Dokumente Nr. 396.)

Eine ähnliche Erklärung der englischen Regierung in Petersburg würde den Weltfrieden erhalten haben.

Grey hat dabei die Gefahren der Lage durchaus rechtzeitig erkannt. Am 29. Juli sagte er zum österreichisch-ungarischen Botschafter, „heute spreche Petersburg noch mit Berlin, wie würde es morgen sein?“ (Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 14). Überdies hat er noch am 31. Juli Lichnowsky zugesichert, er werde einen Druck auf Paris und Petersburg ausüben, wenn „Österreich ein derartiges Zugeständnis mache, daß Rußland ins Unrecht versetzt werde“. (Deutsche Dokumente Nr. 489.) Am 1. August wußte er, daß Wien die Vermittlung der Mächte annehme, und Rußland hatte sich nicht nur Österreich-Ungarn, sondern auch Deutschland gegenüber durch seine allgemeine Mobilmachung im höchsten Grade ins Unrecht gesetzt. Grey hat aber nicht seiner Zusage gemäß

gehandelt und bewies damit, daß seine Verhandlungen mit Berlin nur eine diplomatische Kriegslist darstellten.

2. England und Rußland

Die englische Regierung hat ursprünglich erklärt, daß sie wegen der serbischen Frage nicht zum Kriege schreiten würde. Sie billigte Österreich-Ungarn Genugtuung und einen gewissen diplomatischen Erfolg zu. Als sie aber erkannte, daß Rußland die Sache Serbiens ohne Einschränkung zu der seinen machte, überließ sie dem Petersburger Kabinett die Führung. Zunächst hat ihr wohl als Ziel lediglich ein großer diplomatischer Erfolg des Dreiverbandes vorgeschwebt, auch über den Zeitpunkt hinaus, an dem Rußland sich bereits für den Krieg entschieden hatte. Die englische Regierung zog es aber vor, auch diese Wendung mitzumachen, statt im entscheidenden Augenblick Halt zu blasen, da die Verweigerung ihrer Gefolgschaft den kunstvollen Bau ihrer Bündnispolitik erschüttert hätte. Wenn sie der Gefährdung des europäischen Friedens durch Rußland untätig zusah und sich anscheinend ohne Widerstreben der sicheren Gefahr aussetzte, selbst in einen Weltbrand hineingezogen zu werden, so ist dies nur aus der Tendenz der englischen Entente politik der letzten Jahre zu erklären. Daß die Regierung des Zaren mit ihren übereilten Maßnahmen auf den Krieg zusteuerte, konnte weder in London noch in Paris verborgen bleiben, und man mußte hier ebenso wie in Berlin erkennen, daß das Vorgehen Rußlands jede Vermittlungsaktion zu vereiteln bestimmt war. England und Frankreich ließen dieses gefährliche Treiben gewähren, indes sich die deutsche Regierung während des ganzen Verlaufs der Krise bestrebt zeigte, in enger Fühlung mit der englischen die Gefahr eines Weltkrieges abzuwenden. Sie hat mit dem nach Wien gerichteten Vorschlag, sich mit der Besetzung eines Faustpfandes zu begnügen und auf dieser Basis eine Vermittlung anzunehmen, eine Ausgleichsmöglichkeit gefunden, die auch nach englischer Auffassung die friedliche Beilegung des Konfliktes herbeiführen mußte. Dieser Ausgleich konnte deshalb nicht verwirklicht werden, weil Rußland trotz der dringenden Warnungen der deutschen Regierung nicht das Ergebnis der Vermittlung abwarten wollte, sondern darauf bestand, den Konflikt durch Anwendung militärischer Druckmittel zu lösen, während die englische Regierung, obwohl sie von den deutschen Schritten in Wien fortlaufend unterrichtet worden war, es unterließ, Rußland auch nur für die Tage und Stunden zurückzuhalten, deren es bedurfte, um die Einigung herbeizuführen.

Sie konnte sich nicht entschließen, eine Warnung nach Petersburg zu richten, die dort unwillkommen gewesen wäre, die Bezie-

nungen zu Rußland abgekühlt und möglicherweise den Abschluß der geheimen englisch-russischen Marinekonvention beeinträchtigt hätte. Die Sorge um die Aufrechterhaltung der Entente mit Rußland, des Schlußsteines in dem Bau der englischen Einkreisungspolitik, verhinderte Grey daran, in seinen Friedensbemühungen in Petersburg „bis an die äußerste Grenze dessen zu gehen, was einem verbündeten und souveränen Staat zugemutet werden konnte“, wie es die deutsche Regierung getan hatte (Deutsche Dokumente Nr. 513, 553). Die Erhaltung des eisernen Ringes, den er um Deutschland gelegt hatte, stand ihm eben höher als die Erhaltung des Weltfriedens!

Es ist sehr zweifelhaft, ob die Regierung des Zaren zum Kriege bereit gewesen wäre, wenn sie nicht mit Sicherheit auf die Unterstützung Englands gerechnet hätte. Ganz gewiß wäre jedoch der Frieden erhalten worden, wenn die englische Regierung dem Kriegswillen Rußlands und Frankreichs entgegengetreten wäre.

In Petersburg waren die englisch-französischen Abmachungen bekannt, die England die moralische, wenn auch nicht vertragliche Verpflichtung auferlegten, Frankreich in jedem Kriege mit Deutschland beizustehen, der nicht offensichtlich von Frankreich provoziert war. Die russische Regierung durfte also mit Gewißheit auf die englische Unterstützung in einem Kriege gegen Deutschland rechnen, wenn England nicht ausdrücklich die Waffenhilfe ablehnte. Rußland konnte durch Mobilisierung seiner gesamten Streitkräfte Deutschland zur Mobilmachung und Kriegserklärung zwingen und hierdurch für Frankreich den Bündnisfall herbeiführen. Deutschland, zum Zweifrontenkrieg gezwungen, sah sich dann vor die Notwendigkeit gestellt, Frankreich den Krieg zu erklären, wodurch angesichts der englisch-französischen Abmachungen der deutsch-englische Krieg unvermeidlich wurde. Dieser Weg zum Weltkriege war der russischen Kriegspartei klar vorgezeichnet. Die Petersburger Regierung hat ihn beschritten.

Dies Vorgehen war so außerordentlich einfach und dabei so ungewöhnlich plump, daß man sich nur wundern kann, wie schwer die Erkenntnis der Wahrheit sich Bahn bricht. Bei Kriegsausbruch freilich hat man den Parlamenten und der öffentlichen Meinung in Paris und London geschickt verheimlicht, daß in der Reihenfolge der Mobilmachungen Deutschland an letzter Stelle marschierte. Auch suchte man damals nicht nach Beweggründen, sondern nur nach Anlässen und Vorwänden zur Entscheidung. Die Tatsache, daß Deutschland keinen eigenen Streit verfocht, sondern nur durch Österreich-Ungarn in den Krieg hineingezogen wurde, hat man geflissentlich übersehen. Dabei waren diese Möglichkeit und ihre bedenklichen Folgen schon 22 Jahre zuvor erörtert worden. Die Väter des Zweibundes, der „nur auf Deutschland abzielt, weil es

die Seele des Dreibundes ist und die einzige Macht, die imstande wäre, Frankreich und Rußland gleichzeitig anzugreifen“, haben sich bereits Sorgen darüber gemacht, wie sie vor der Welt dastehen würden, wenn sie wegen eines Streites zu den Waffen griffen, der Deutschland nur mittelbar angehe. Darüber, daß die allgemeine Mobilmachung in Rußland oder in Frankreich den europäischen Krieg bedeutete, hat ja niemals ein Zweifel bestanden. Anlässlich der Verhandlungen über die russisch-französische Militärkonvention hat daher der französische Unterhändler, General Boisdeffre, geltend gemacht:

Eine allgemeine Mobilmachung nur gegen Österreich oder Italien vornehmen, hieße vor Europa die Rolle eines Angreifers übernehmen und sich gegenüber den Neutralen in eine schwierige Lage versetzen. Wenn man dagegen, unter Wahrnehmung aller Vorsichtsmaßregeln, wartet, bis Deutschland zur Mobilmachung schreitet, dann fällt letzterem die Rolle des Angreifers mit allen ihren Unzuträglichkeiten zu, während Frankreich und Rußland bis zuletzt ihr Bestreben nach Erhaltung des Friedens bewiesen und bekräftigt haben, daß sich ihre Absichten auf die Verteidigung beschränken. (3. Französisches Gelbbuch, L'Alliance franco-russe, Nr. 53.)

Während der Krisis hat es nicht an Versuchen gefehlt, dies Programm durchzuführen. Die französische Diplomatie ganz besonders hat sich bemüht, einmal einen deutsch-russischen Konflikt an die Stelle des Streites mit Österreich-Ungarn zu setzen, dann aber auch die russische Mobilmachung als eine Folge und nicht als die Ursache der deutschen erscheinen zu lassen. Der Kriegswille russischer Generäle verdarb jedoch das schöne Konzept. Rußland mobilisierte und zwang Deutschland zur Mobilmachung, ohne daß die geringste Herausforderung von deutscher Seite vorgelegen hätte. Das Programm der russisch-französischen Militärkonvention wurde durchgeführt, die Gebrauchsanweisung in Petersburg aber nicht beachtet, so daß kein Zweifel an der Tatsache bestehen kann, daß Deutschland von Rußland und Frankreich überfallen wurde.

Für Rußland bestand zunächst nur die einzige Sorge, ob nicht die englische Regierung, für die diese Zusammenhänge nicht weniger klar erkennbar waren, erklären würde, in einen über den serbischen Streit entbrennenden Krieg nicht eingreifen zu wollen. Daher bemühte sich Sasonow, vom französischen Botschafter unterstützt, bereits am 24. Juli, von der englischen Regierung eine Erklärung ihrer Solidarität mit den Zweibundsmächten zu erwirken (Englisches Blaubuch Nr. 6). Am 25. Juli erneuerte er seine Bitte (Englisches Blaubuch Nr. 17). Keinerlei englisches Dokument aus Petersburg vom 26. Juli ist bekannt gegeben worden. Am 27. Juli (Englisches Blaubuch Nr. 44, 45) und an allen späteren Tagen ist von dem Wunsche nach einer Solidaritätserklärung Englands nicht mehr die Rede.

Am 25. Juli lehnte es noch Grey ab, über einen serbischen Streit zum Kriege zu schreiten (Englisches Blaubuch Nr. 24). Ein Telegramm von London nach Petersburg vom 26. Juli ist nicht bekannt, doch zeigt der englische Vorschlag einer Botschafterkonferenz in London (Deutsche Dokumente Nr. 304, Englisches Blaubuch Nr. 36) eine grundsätzliche Änderung in der Haltung der englischen Regierung an. Am 27. Juli telegraphierte (gemäß dem englischen Blaubuch Nr. 47) Grey nach Petersburg, der russische Botschafter habe sich bei ihm darüber beklagt, daß England in seiner Haltung die Zugehörigkeit zum Dreiverband nicht deutlich genug bekunde. Als Antwort habe er den Botschafter darauf hingewiesen, daß die englische Flotte nach Beendigung ihrer Manöver nicht demobilisiere und nicht auseinandergehe. Diese Tatsache konnte Petersburg vollauf befriedigen, trotz der Einschränkung des englischen Ministers, er könne Rußland nur „diplomatisches“ Vorgehen versprechen. Benckendorff berichtete ebenfalls über dies Gespräch. Sein Telegramm schloß mit den Worten: „Die Zuversicht Berlins und Wiens in bezug auf die Neutralität Englands hat keinen Grund mehr“.

Jeder Zweifel, ob Frankreich und damit Rußland im Kriegsfall auf Englands Unterstützung rechnen könne, war jedenfalls am 29. Juli bereits behoben. Das englische Blaubuch (Nr. 87) gibt an, daß Grey an diesem Tage dem französischen Botschafter erklärte, er beabsichtige, die deutsche Regierung zu warnen, daß England nicht beiseite stehen würde, wenn es zum Kriege kommen sollte. Frankreich gegenüber behalte er sich jedoch die Entscheidung über das Eingreifen Englands noch vor. Diese Erklärung an Deutschland konnte jedenfalls für die Zwecke des Zweibundes vollauf genügen. Der französische Botschafter antwortete daher, Grey habe „die Lage sehr deutlich auseinandergesetzt“.

Der Umschwung in der ursprünglichen Haltung Englands, die Entschlüsse, die es angesichts der drohenden Kriegsgefahr gefaßt hatte, und die Rückwirkung dieser Stellungnahme in Rußland sind nicht verborgen geblieben. Der belgische Geschäftsträger in Petersburg berichtete am 30. Juli:

England gab anfänglich zu verstehen, daß es sich nicht in einen Konflikt hineinziehen lassen werde. Sir George Buchanan sprach das offen aus. Heute aber ist man in St. Petersburg fest davon überzeugt, ja, man hat sogar die Zusicherung, daß England Frankreich beistehen wird. Dieser Beistand fällt ganz außerordentlich ins Gewicht und hat nicht wenig dazu beigetragen, der Kriegspartei Oberwasser zu verschaffen. (Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 12. September 1914.)

Der Entschluß zur allgemeinen Mobilmachung, die nur den Zweck haben konnte, den Krieg mit Deutschland herbeizuführen, war gefaßt worden, als die Gewißheit bestand, daß England an der Seite Frankreichs und Rußlands eingreifen werde. Das hat

auch der Petersburger Reuter-Korrespondent erkannt, der am 30. Juli telegraphierte:

Das Auslaufen der englischen Flotte aus Portland hat einen ungeheuren Eindruck hervorgerufen und hat, in Verbindung mit den friedlichen Versicherungen Japans, den festen Entschluß Rußlands, es auf eine kriegerische Entscheidung ankommen zu lassen, mehr als bekräftigt.

Die Würfel waren gefallen. Die Schwankungen in der Haltung Englands während der folgenden Tage sind nur auf innerpolitische Gründe und taktische Erwägungen zurückzuführen.

Fraglich ist freilich, ob England angesichts seiner Verheißungen den russischen Kriegstreibern gegenüber eine andere Haltung annehmen konnte. Frankreich und Rußland bemühten sich schon lange um einen engeren Anschluß Englands an den Zweibund. Bereits 1912 hat Grey in Balmoral Sasonow, nach dessen eigenem Bericht, versprochen, im Falle eines Krieges gegen Deutschland Rußland und Frankreich beizuspringen und „alles daranzusetzen, um Deutschlands Machtstellung den fühlbarsten Schlag zuzufügen“. Damals wurde der Weltkrieg vermieden. 1914 begannen aber die Verhandlungen von neuem. Sie sollten mit der englisch-russischen Marinekonvention einen greifbaren Abschluß finden. Darüber kam der Krieg. England war vertraglich nur Frankreich verpflichtet. Lord Loreburn, der frühere englische Lordkanzler, hat in seiner Verurteilung der auswärtigen Politik seiner Regierung geschrieben: „Sie schuf eine Lage, die uns direkt zwang, uns den Konsequenzen der russischen Balkanpolitik auszusetzen und das britische Reich aufs Spiel zu setzen zur Verteidigung Frankreichs gegen die Folgen seines russischen Bündnisses. Tatsächlich war der Friede Großbritanniens der Gnade des russischen Hofes ausgeliefert“*).

3. England und Frankreich

Als Grey am 29. Juli dem französischen Botschafter die bedeutungsvolle Mitteilung machte, er werde Deutschland warnen, daß es im Kriegsfall nicht auf Englands Neutralität zählen dürfe, wies er ihn zugleich darauf hin, daß die öffentliche Meinung wenig geneigt sein werde, wegen der serbischen Frage in einen Krieg einzugreifen, in den Frankreich lediglich durch sein Bündnis mit Rußland hineingezogen würde. Eine Verpflichtung bestehe für England nicht, und er (Grey) müsse sich noch die Entscheidung über das, was Englands Interesse geböte, vorbehalten (Englisches Blaubuch Nr. 87).

Daß es in Englands Belieben gestanden hätte, Frankreich beizuspringen oder nicht, wäre wohl nur dem Buchstaben der

*) Lord Loreburn, *How the war came* (London 1919), S. 106.

Vereinbarungen nach richtig gewesen. Denn schon die Tatsache, daß Frankreich auf Grund der englisch-französischen Abmachungen seine Flotte im Mittelmeer zusammengezogen hatte, begründete für England eine Verpflichtung zum Schutze der französischen Nordküsten, der sich keine englische Regierung jemals hätte entziehen können. Asquith erklärte am 2. August dem deutschen Botschafter, durch zwei Dinge würde die „neutrale Haltung der englischen Regierung sehr erschwert“, durch die Verletzung der Neutralität Belgiens und „durch einen etwaigen Angriff deutscher Kriegsschiffe auf die gänzlich unbeschützte Nordküste Frankreichs, die die Franzosen in gutem Glauben auf die britische Unterstützung zugunsten ihrer Mittelmeerflotte entblößt hätten“. (Deutsche Dokumente Nr. 676.) Tatsächlich hat ja England auch bereits am 2. August den Schutz der französischen Küsten und der französischen Schifffahrt gegen die deutsche Flotte förmlich übernommen (Englisches Blaubuch Nr. 148, Deutsche Dokumente Nr. 784), zu einem Zeitpunkte also, als Kriegszustand zwischen Deutschland und Frankreich nicht bestand.

Die geheimen englisch-französischen Abmachungen, welche Armee und Marine betrafen, stammen aus der Zeit der ersten Marokkokrise. Sie wurden im Laufe der Jahre ergänzt und 1912 durch einen Notenaustausch bestätigt. Wann sich die französische Regierung zum erstenmal auf das ihr aus diesen Abmachungen zustehende Recht auf englische Waffenhilfe berufen hat, ist nicht bekannt. Man muß auch unterscheiden zwischen der Erklärung der englischen Regierung, daß sie in dieser Krisis auf seiten Frankreichs (und Rußlands) stehe, und der Anerkennung des Bündnisses durch das Kabinett. Bereits am 26. Juli wußte der französische Botschafter in Berlin, daß Grey an Lichnowsky erklärt habe, England werde nicht neutral bleiben, wenn es wegen Serbiens zu einem Konflikt zwischen Frankreich-Rußland und Deutschland-Österreich kommen sollte. Boghitschewitsch, der dies (S. 84) berichtet, ist der Ansicht, diese Erklärung sei noch vor Bekanntwerden der österreichisch-ungarischen Note abgegeben worden*).

*) Nach den Deutschen Dokumenten und dem englischen Blaubuch gab Grey eine solche positive Erklärung erst am 27. Juli ab (Englisches Blaubuch Nr. 48, Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 72), Lichnowsky gegenüber sogar erst am 29. Juli (Deutsche Dokumente Nr. 368, Englisches Blaubuch Nr. 89). Am 24. und 25. Juli beschränkte er sich auf die negative Feststellung, daß der austro-serbische Streit England nicht angehe. Jules Cambon war seiner Sache aber so sicher, daß er Boghitschewitsch erklärte: „Wenn Deutschland es auf einen Krieg ankommen lassen will, so wird es auch England gegen sich haben: die englische Flotte wird die deutschen Häfen blockieren und in drei Wochen in den Hafen von Hamburg eindringen. Die französischen Militärs behaupten, daß sie das deutsche Heer glatt schlagen werden.“ (A. a. O., S. 96.)

Noch am 27. Juli erklärte aber Sir A. Nicolson, wie die französische Botschaft in London berichtete:

Im gegenwärtigen Zeitpunkt sehen die Engländer nicht die europäische Seite der Angelegenheit. Sie werden sie später erkennen, zu spät vielleicht. Wir werden von der öffentlichen Meinung abhängig sein, die sich erregen würde, wenn Deutschland Frankreich angriffe. Es handelt sich aber um Serbien, an dem sie kein Interesse hat, und für das die Waffen zu ergreifen sie sich weigern würde. (Bericht an den französischen Senat — 704/1919 — S. 57.)

Nach Angabe des englischen Blaubuchs (Nr. 105) hätte Paul Cambon am 30. Juli zum ersten Male auf Englands Verpflichtungen zur Waffenhilfe hingewiesen, also erst, nachdem (am 29. Juli) französischerseits in Petersburg die Erklärung abgegeben worden war, Rußland könne „vollständig auf die Unterstützung des verbündeten Frankreichs rechnen“, und Sasonow mitgeteilt hatte, es „bleibe nichts anderes übrig, als die russischen Rüstungen zu beschleunigen und mit der wahrscheinlichen Unvermeidlichkeit des Krieges zu rechnen. (Russisches Orangebuch Nr. 58.) Die Anlage 3 der Nr. 105 des Blaubuches stellt aber eine notorische Fälschung dar; es erscheint deshalb fraglich, ob die übrigen Angaben dieses Dokuments zutreffen. Der russische Botschafter hat ebenfalls über diese Unterredung berichtet. Seine Darstellung gibt ihr einen wesentlich anderen Sinn, als die englische. Er telegraphierte am 30. Juli nach Petersburg:

Cambon fragte bei Grey an, ob er der Meinung sei, daß der Moment eingetreten sei? Grey antwortete ihm, daß der Moment eintreten wird, sobald die Stellungnahme Deutschlands sich völlig klärt. Cambon bestand nicht weiter darauf, da von England ernste Maßnahmen nicht nur zur See, sondern auch auf dem Lande getroffen worden sind. Cambon sagte, daß nach seiner Meinung die Lage sich in den Augen des Parlaments noch nicht genügend geklärt hat, damit Grey, ohne zu riskieren, noch heute offen auftreten könnte (Prawda Nr. 7 vom 9. März 1919).

Paul Cambon selbst berichtete, er habe Grey darauf aufmerksam gemacht, „daß es sich heute nicht mehr um einen Streit um Einfluß zwischen Rußland und Österreich-Ungarn handle. Es bestehe Gefahr eines Angriffs, der einen allgemeinen Krieg heraufbeschwören konnte. — Sir E. Grey hat meine Empfindung völlig verstanden, und, wie ich, hält er den Augenblick für gekommen, alle Möglichkeiten ins Auge zu fassen und sie gemeinsam zu erörtern.“ (Französisches Gelbbuch Nr. 108.)

Wollte auch Grey am 29. Juli das entscheidende Wort noch nicht sprechen, so haben doch offenbar andere es für ihn getan. Vielleicht spielten im konstitutionellen England die Militärs eine ebenso große oder noch größere Rolle, als im „absolutistischen“ Deutschland. Der belgische Gesandte in Paris berichtete am 31. Juli:

Der Chef des zweiten Büros des Generalstabs der Armee hat dem (belgischen Militärattaché) Major Collon bestätigt, daß England die förmliche Versicherung

gegeben hat, daß es Frankreich in dem gegenwärtigen Konflikt im vollen Maße und mit den Waffen beistehen werde, wenn Deutschland militärisch eingriffe. (Deutsche Allgemeine Zeitung vom 22. Mai 1919.)

Bezeichnend für die englisch - französischen Anschauungen ist die von Paul Cambon (Englisches Blaubuch Nr. 105) gegebene Auslegung des Begriffs „Angriff auf Frankreich“, der als Voraussetzung für die englische Waffenhilfe zu gelten habe. Ein „Angriff auf Frankreich“ wurde nämlich von ihm schon in einer Forderung der Neutralität Frankreichs in einem deutsch-russischen Kriege erblickt. In London und Paris hat man den Begriff „defensiv“ recht weitherzig ausgelegt!

In England gab es damals offenbar zwei Strömungen: Die eine, welche weder einen Krieg wollte, noch einsehen konnte, daß England die Politik seiner festländischen Verbündeten mitmachen müsse. Noch am 2. August sagte Asquith zu Lichnowsky, ein Krieg zwischen England und Deutschland sei ganz undenkbar (Deutsche Dokumente Nr. 676). Die andere Richtung sah den Augenblick gekommen, um die Ziele zu verwirklichen, die England im Versailler Frieden erreicht hat. Paul Cambon telegraphierte am 31. Juli nach Paris:

Sir E. Grey ist Anhänger des sofortigen Eingreifens; er hat dem Fürsten Lichnowsky damit gedroht. Der Ministerrat ist jedoch der Ansicht, daß die Regierung die Ermächtigung des Parlaments nicht erhalten könne. (Bericht an den französischen Senat — 704/1919 — S. 57.)

Benckendorff meldete am 31. Juli:

Grey versteht die Lage ausgezeichnet und sieht völlig klar, daß eine gewisse Reaktion im Parlament ernste Schwierigkeiten für ihn schafft und ihn zu großer Vorsicht zwingt.

Noch am gleichen Tage telegraphierte er:

Die Ereignisse können sich so rasch entwickeln, daß jede übereilige Beurteilung der Haltung Englands im gegenwärtigen Moment schädlich sein und insbesondere Grey paralisieren würde, dessen Einfluß in einigen Stunden wiederhergestellt sein könnte.

Welche Ereignisse in Frage standen, sagt der Schluß des erstgenannten Telegramms:

Die Krisis wird an jenem Tage eintreten, wo die europäische Seite der Frage infolge der Gefahr eines Überfalles auf Frankreich augenfällig sein wird. Dies ist wenigstens meine Meinung und die Meinung Cambons. (Prawda Nr. 7 vom 9. März 1919.)

Frankreich lag daher nicht weniger daran, einen deutschen Überfall nachzuweisen, wie es der englischen Regierung darauf ankam, ihr Eingreifen in den Krieg mit einem deutschen Angriff auf Frankreich zu rechtfertigen. Diesem Gesichtspunkt dienten die zahlreichen französischen Meldungen nach London über deutsche Rüstungen und Grenzverletzungen, die zum mindesten im Datum alle unrichtig waren, und ebenso die Anlage 3 der Nr. 105 des eng-

lischen Blaubuches, eine bekannte Fälschung, die der offiziöse Historiker Oman mit Stillschweigen übergeht.

4. Englands Kriegserklärung an Deutschland

Am 29. Juli erklärte Grey dem deutschen Botschafter, wenn Deutschland und Frankreich in den Konflikt hineingezogen würden, dann würde „die britische Regierung unter Umständen sich zu schnellen Entschlüssen gedrängt sehen“. (Deutsche Dokumente Nr. 368, Englisches Blaubuch Nr. 89.) Der Sinn dieser Erklärung, England werde Frankreich im Kriegsfall beistehen, war nicht mißzuverstehen. Die deutschen Bemühungen zur Erhaltung des Friedens sind jedoch offensichtlich nicht wegen der Gefahr einer Verwicklung mit England betrieben worden, sondern bezweckten, den Krieg überhaupt zu vermeiden. Nachdem aber alle Versuche, den Krieg mit Rußland zu verhindern, vereitelt waren, und auch die letzte Aussicht, mit der Neutralität Frankreichs rechnen zu können, zunichte geworden war, bemühte sich die deutsche Regierung, wenigstens England zu einer neutralen Haltung zu bewegen, obwohl die Aussicht auf Erfolg von vornherein äußerst gering war.

Kriegsgrund für England mußten in erster Linie die Abmachungen mit Frankreich bilden und sein politisches Interesse, das eine Vernichtung Frankreichs nicht zulassen konnte. Einen zweiten Grund bildete Englands besonderes Interesse an Belgien, dessen Neutralität im Falle eines deutsch-französischen Krieges die Kriegführenden nicht vom Durchmarsch abgehalten hätte.

Diesen Gesichtspunkten entsprechend machte Bethmann Hollweg am Abend des 29. Juli, als die russische Teilmobilmachung die Lage äußerst bedrohlich gestaltet hatte, dem englischen Botschafter ein Neutralitätsangebot. Er stellte der englischen Regierung Sicherheiten dafür in Aussicht, daß Deutschland keine Gebietswerbungen auf Kosten Frankreichs erstrebe. Diese Garantie sollte sich allerdings auf die französischen Kolonien nicht erstrecken. Desgleichen sicherte er England die Achtung der Neutralität und die Integrität der Niederlande, sowie die Integrität Belgiens zu für den Fall, daß Deutschland zum Durchmarsch durch Belgien gezwungen würde, vorausgesetzt, daß es nicht gegen Deutschland Partei ergreife (Deutsche Dokumente Nr. 372, Englisches Blaubuch Nr. 85). Dieses Neutralitätsangebot wurde von England abgelehnt (Englisches Blaubuch Nr. 101, Deutsche Dokumente Nr. 497).

Trotzdem hat die deutsche Regierung, als der Krieg ausbrach, alle nur möglichen Schritte getan, um eine neutrale Haltung Englands herbeizuführen. Sie hat sich am 1. August, wie oben dargelegt,

bereit erklärt, jeden Angriff auf Frankreich zu unterlassen, wenn England die französische Neutralität garantieren würde. Am 3. August wies sie den Botschafter in London an, zu erklären, daß deutscherseits eine Bedrohung der französischen Nordküste nicht erfolgen werde, solange England neutral bliebe (Deutsche Dokumente Nr. 714). Der Botschafter gab Grey noch am gleichen Tage eine dementsprechende Versicherung ab (Deutsche Dokumente Nr. 764). England ließ sich hiermit jedoch nicht zufriedenstellen. Es hatte bereits am 2. August Frankreich den Schutz seiner Küsten und Handelsschiffahrt zugesichert (Englisches Blaubuch Nr. 148, Deutsche Dokumente Nr. 784) und war offensichtlich entschlossen, auch weitergehende Waffenhilfe zu gewähren*). Damit waren die Würfel gefallen, ohne daß die belgische Frage die Entscheidung beeinflußt hätte.

Je geringer die Aussicht schien, daß Deutschland durch einen Überfall auf Frankreich die Voraussetzungen für ein Eingreifen Englands schaffen würde, desto mehr betonte Grey den belgischen Kriegsgrund. Bereits in der Antwort auf das deutsche Neutralitätsangebot hatte er am 30. Juli erklärt, daß England eine Verständigung über Belgien ablehnen müsse (Deutsche Dokumente Nr. 497, Englisches Blaubuch Nr. 101). In der Folgezeit zeigte er sich unter dem Eindruck der russischen Mobilmachung und der Unvermeidlichkeit des Krieges bestrebt, die belgische Frage als Kriegsanlaß in den Vordergrund zu schieben. Nach Ansicht des deutschen Generalstabs war es nicht angängig, abzuwarten, ob und wann französische oder französisch-englische Heere durch Belgien marschieren und einen Stoß gegen die verwundbarste Stelle der deutschen Westfront führen würden. Die deutschen Heere mußten dem Gegner unbedingt zuvorkommen. Aus diesem Grunde konnte die deutsche Regierung auf die englische Anfrage vom 31. Juli (Deutsche Dokumente Nr. 522, Englisches Blaubuch Nr. 114), ob Deutschland bereit sei, sich zur Respektierung der belgischen Neutralität zu verpflichten, keine Antwort geben (Englisches Blaubuch Nr. 122). England konnte Belgien dadurch schützen, daß es die französische Neutralität gewährleistete. Es hat diesen Weg nicht beschreiten wollen. England war auch nicht bereit, die Achtung der belgischen Neutralität dadurch zu sichern, daß es sich selbst zur Neutralität verpflichtete (Deutsche Dokumente Nr. 596). Es wollte Frankreich unter allen Umständen Waffenhilfe leisten. Deshalb hat am 1. August Grey es abgelehnt, Bedingungen für die Neutralität Englands aufzustellen

*) Paul Cambon schreibt in seinen Erinnerungen *Revue de France*, 1. Juli 1921: Ich hatte die Überzeugung, daß (mit der Zusage der englischen Flottenunterstützung) das Spiel gewonnen war. Eine Großmacht führt einen Krieg nicht halb. In dem Augenblick, da sie sich entschließt, ihn zu Wasser zu führen, bleibt ihr keine andere Wahl, als sich auch zu Lande zu schlagen.

auch als ihm der deutsche Botschafter eine Garantie der Integrität Frankreichs und seiner Kolonien anbot (Englisches Blaubuch Nr.123). Ängstlich wartete man in London auf den Kriegsgrund, die Verletzung der belgischen Neutralität, die es der englischen Regierung ermöglichen sollte, die Erfüllung ihrer französischen Bündnispflichten vor dem Parlament und vor der Öffentlichkeit zu rechtfertigen. Der belgische Gesandte in London telegraphierte am 3. August:

Gesandtschaft hat größtes Interesse, Nachricht betreffend Neutralitätsverletzung zu erhalten. Auswärtiges Amt hat mich heute wiederholt zur Übermittlung diesbezüglicher Nachricht aufgefordert. (Deutsche Allgemeine Zeitung vom 22. Mai 1919.)

Die englische Regierung hat Deutschland am 4. August auf Grund des Einmarsches in Belgien den Krieg erklärt. Tatsächlich bestand jedoch bereits Kriegszustand zwischen Deutschland und England, da England schon am 2. August den Schutz der französischen Küste und Schifffahrt übernommen hatte.

Wie schwierig es für England gewesen ist, den Krieg mit Deutschland zu rechtfertigen, sieht man u. a. auch an den ungebührlich vielen Telegrammen des englischen Blaubuches, die sich mit dem Festhalten englischer Schiffe in deutschen Häfen befassen. Nicht weniger als sechs Urkunden haben diese ganz nebensächliche Frage zum Gegenstand. Die englische Hoffnung auf eine deutsche Provokation ging aber nicht in Erfüllung. Die deutsche Marine wurde ängstlich zurückgehalten. So blieb schließlich nur Belgien als Kriegsgrund.

Das Märchen, England habe Deutschland den Krieg wegen der Verletzung der belgischen Neutralität erklärt, wurde zwar anfangs geglaubt, ist aber längst fallen gelassen worden. Viele Einzelheiten aus jenen kritischen Tagen sind in der englischen Presse bekannt gegeben worden. Immer spielt Belgien nur die Rolle eines Vorwandes. Es bedurfte aber eines starken und vor allem zugkräftigen Arguments, um die noch widerstrebenden Kabinettsmitglieder und das Parlament zur Erfüllung der englisch-französischen Abmachungen und zum sofortigen Eintritt in den Krieg zu bewegen. Recht anschaulich hat Paul Cambon die Sorgen jener Tage in einer Unterredung mit einem Engländer geschildert, die in den Times vom 22. Dezember 1920 veröffentlicht worden ist*).

Das waren die einzigen drei schweren Tage in all den Jahren, die ich in London zugebracht: der Erste, Zweite und Dritte August 1914. Denken Sie, was die bedeuteten. Ihr Kabinett hatte die europäische Krise wiederholt erörtert. Wir hatten auf die Unterstützung von drei oder vier Ministern vertraut. Einige davon, aber nicht alle, waren von gewichtigen Vorstellungen bedeutender

*) Wiedergegeben nach Peter Rassow „Lloyd George und Paul Cambon zum Kriegsausbruch“. Die Deutsche Nation, III, S. 136 (Februar 1921.)

Männer in der City zugunsten der britischen Neutralität beeinflusst worden. Sonnabend morgen, am 1. August, war eine neue Kabinettsitzung gewesen. Nachher sah ich Grey, der mir erzählte, die Regierung sei nicht imstande gewesen, über Eintritt in den Krieg zu entscheiden. Er sprach sehr ernst. Ich erwiderte, daß ich dies meiner Regierung nicht melden könne und nicht melden wolle. „Nach allem, was zwischen unseren beiden Ländern vorgegangen ist,“ rief ich aus, „nach der Zurückziehung unserer Streitkräfte zehn Kilometer von unserer Grenze, so daß deutsche Patrouillen sich jetzt auf unserem Boden ungehindert bewegen können (so besorgt sind wir, jeden Schein einer Herausforderung zu vermeiden), nach der Verständigung zwischen Ihren Marinebehörden und unseren, durch die unsere ganze Seemacht im Mittelmeer konzentriert worden, wie Ihrer Flotte die Freiheit zur Konzentration in der Nordsee gegeben worden ist, so daß, wenn die deutsche Flotte den Kanal entlang fegt und Calais, Boulogne und Cherbourg zerstört, dort keine Gegenwehr sein kann — erzählen Sie mir, daß Ihre Regierung nicht über Einmischung entscheiden kann? Wie soll ich eine solche Botschaft senden? Sie würde Frankreich mit Wut und Empörung erfüllen. Mein Volk würde sagen, Ihr habt uns verraten! — Das ist nicht möglich. Ich kann eine solche Botschaft nicht senden. — Es ist wahr, die Abmachungen zwischen Ihren militärischen und Marinebehörden und unseren sind von Ihrer Regierung nicht bestätigt worden, aber es besteht eine moralische Verpflichtung, uns nicht ungeschützt zu lassen.“

Ich sah Grey wieder diese Nacht und nochmals am nächsten Morgen nach der Kabinettsitzung; aber nicht bis zum Abend des Sonntag, des 2. August, konnte er mir die Versicherung geben, daß die britische Flotte unsere unbewachte nördliche Küste schützen werde. Ich fühlte, daß er im Herzen mit uns war. Ich wußte, daß Herr Asquith und Herr Winston Churchill auch mit uns waren. Aber konnten sie ihre Kollegen mit sich reißen, und konnten sie über die Unterstützung des Hauses der Gemeinen gebieten?

... Erst als Grey im Hause der Gemeinen sprach am Nachmittag des Montag, des 3. August, war es so weit, daß wir aufatmen konnten.

Paul Cambon war ein sehr genauer Kenner der englischen Verhältnisse, und konnte dank seiner persönlichen Beziehungen, auch zur Opposition, die Strömungen und Schwankungen aus nächster Nähe beobachten. Deshalb ist seine Meinung von besonderer Bedeutung. Er schildert anschaulich in seinen Erinnerungen (*Revue de France*, Nr. 8, 1. Juli 1921), wie schwer es war, England in den Krieg zu treiben. Innerhalb des Kabinetts sei zu Beginn der Krisis die Mehrheit der Mitglieder gegen eine Intervention gewesen. Asquith habe sich zwar Rechenschaft darüber gegeben, daß England nicht ein zweites Mal den Fehler von 1870 begehen und Frankreich seinem Schicksal überlassen dürfe, aber diese Einsicht sei zunächst weit entfernt gewesen, irgend einen Entschluß in ihm reifen zu lassen. Als alter Parlamentarier habe er geglaubt, erst den Parteien den Puls fühlen zu müssen, und dieser Puls habe damals noch sehr langsam geschlagen. Winston Churchill, vom ersten Augenblick an Anhänger des Eintritts Englands in den Krieg, habe Frankreich einen unschätzbaren Dienst geleistet, indem er auf eigene Verantwortung (am 24. Juli) den Befehl gab, die Flotte, die ihre Manöver beendet hatte und demobilisiert werden sollte, in Kriegsbereitschaft zu halten. Sir Edward Grey, in dessen Seele „der pazifistisch ge-

sinnte Idealist und Menschenfreund mit dem seiner Verantwortung bewußten Außenminister rang“, habe wahrhaft furchtbare Gewissenskonflikte durchgemacht. Bis zuletzt habe er sich weder für noch gegen den Krieg entscheiden können. Lloyd George, damals Schatzsekretär, stand anfangs auf seiten der Interventionisten, sei aber in seiner Haltung gerade in den kritischen Tagen schwankend geworden, auf Grund der sehr ernsten Vorstellungen, die eine Abordnung der ersten und angesehensten Finanzmänner Englands gegen eine Teilnahme Englands am Kriege bei ihm erhoben hatte. Er habe gezögert, laviert, und so die Unentschlossenheit des Kabinetts noch vergrößert, das, wenn er es vermocht hätte, sich zu einer unzweideutigen Stellungnahme aufzuraffen, vielleicht imstande gewesen wäre, den Eintritt der Katastrophe noch im letzten Augenblick aufzuhalten. So urteilt der damalige französische Botschafter in London.

Nachdem am 2. August der Schutz der französischen Küsten und der französischen Schifffahrt übernommen wurde, konnte freilich von einem Schwanken oder einer Neutralität Englands nicht mehr die Rede sein. Die Kämpfe, die sich in London dann noch abspielten, waren nur innerpolitischer Art. Jules Cambon, der französische Botschafter in Berlin, hat in seinen Erinnerungen (*Revue de France*, 15. Juni 1921) auseinandergesetzt, es sei damals ein außerordentliches Glück für Frankreich gewesen, daß gerade die englischen Liberalen am Ruder waren. Wenn sie in der Opposition gewesen wären, so hätten sie wahrscheinlich die britische Intervention verzögert. So aber konnten sich der französische und der russische Botschafter hinter die Konservativen stecken, um die Regierung vorwärts zu treiben. Die damalige Lage wird sehr treffend durch den Brief gekennzeichnet, den Bonar Law und Lansdowne, die Führer der konservativen Opposition, am 2. August an Asquith sandten. Er lautete:

Lord Lansdowne und ich empfinden es als unsere Pflicht, Sie zu verständigen, daß unserer Ansicht nach, ebenso wie nach der anderer Kollegen, die wir zu befragen in der Lage waren, es für die Ehre und Sicherheit des Vereinigten Königreichs verhängnisvoll wäre, unter den gegenwärtigen Verhältnissen mit der Unterstützung Frankreichs und Rußlands zu zögern. Wir bieten der Regierung unsere bedingungslose Hilfe für alle Maßnahmen an, die sie für diesen Zweck als nötig erachtet.

Für England sind es, ganz wie für Rußland, machtpolitische Fragen und, wie für Frankreich, Bündnisverpflichtungen gewesen, die es zum Eintritt in den Krieg veranlaßten. Seine machtpolitischen Ziele sind aber mehr als Prestigefragen gewesen. Der Versailler Vertrag hat sie enthüllt.